

Anfang 2002 habe ich außerdem in meinem Haus ein Referat eingerichtet, das sich mit dem Aufgabenfeld interkulturelle Kulturarbeit und Dialog der Kulturen befasst.

(Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

- Bitte wie?

(Thomas Kufen [CDU]: In Ihrem Haus!)

- In meinem Ministerium. Das sagt man so, Herr Kufen. Aber Sie sind ja noch neu. Deswegen erläutere ich das gerne.

Mit der Zielsetzung, im interkulturellen Dialog vom Nebeneinander zum Miteinander der Kulturen zu kommen, und auf der Grundlage "Einheit in Verschiedenheit" konnte eine rege Aktivität interkultureller Kunst- und Kulturprojekte im Land gefördert und begleitet werden.

Gegenwärtig und in Zukunft sind Migration und Integration die zentrale Herausforderung im ressortübergreifenden Handlungsprogramm "Soziale Stadt NRW". In den Stadtteilen, die eine besondere Förderung durch dieses ressortübergreifende Handlungsprogramm der Landesregierung erhalten, leben in der Regel überdurchschnittlich viele Menschen mit einem Migrationshintergrund.

Die Förderung eines interkulturellen Zusammenlebens und die Integration von Migranten in das Stadtleben ist ein zentrales Handlungsfeld der Stadterneuerung. Hier wird mehr für die Integration von Migrantinnen und Migranten getan als an vielen anderen Orten in der Politik.

All diese Aktivitäten entsprechen den Forderungen der Integrationsoffensive des Landtages nach Auseinandersetzung mit der Geschichte der Zuwanderung und der Präsentation historischer und aktueller künstlerischer Ausdrucksformen von Migrantinnen und Migranten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von daher glaube ich, dass wir auf einem sehr guten Wege sind, was die Herstellung solcher Foren angeht. Ich glaube, dass der Antrag, so wie er von der CDU gestellt wird - Herr Kufen ist immer ein sehr engagierter Vertreter der Integration, was man von seinem Vorsitzenden nicht sagen kann, wie wir alle wissen -, sicherlich überflüssig ist. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Vesper. - Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion hat um direkte Abstimmung über den **Antrag Drucksache 13/6309** gebeten. Wir stimmen deshalb über den Inhalt des Antrags ab. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt** worden.

Ich rufe auf:

## 8 Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPolG)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6258

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung. Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Minister Dr. Behrens für die Landesregierung das Wort.

**Dr. Fritz Behrens, Innenminister:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf haben wir es mit dem sehr ungewöhnlichen Fall zu tun, dass ich für die Landesregierung ein Gesetz einbringe, das für alle Länder und für den Bund verbindlich werden soll und - was in der Sache entscheidend ist - von allen Ländern

(Erhebliche Unruhe - Glocke)

und vom Bund auch inhaltlich mitgetragen wird.

Man könnte vielleicht in der aktuellen politischen Situation sagen: Das ist ein gelebtes Stück funktionierender Föderalismus. Insofern betrachten Sie mich bitte heute als zuständigen Ressortminister, der den Gesetzentwurf einbringt, und zugleich auch als Sprecher der Innenministerkonferenz, für die ich das hier tue.

In der Sache geht es um die Weiterentwicklung der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup zu einer internen Hochschule der Polizei. In dieser Akademie mit nationaler und internationaler Reputation wird zurzeit und soll künftig der höhere Dienst aller deutschen Polizeien ausgebildet werden. Hier werden die Führungskräfte der Polizei in Deutschland auch fortgebildet.

Die ständigen Bemühungen, die Qualität dieser Aus- und Fortbildung zu verbessern und sie mit gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in unserem Gemeinwesen Schritt halten zu lassen, haben bei Bund und Ländern zu der Erkenntnis geführt, dass die Polizeiführungsakade-

mie in der bildungsrechtlich unklaren Struktur einer Akademie an die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten gestoßen ist. Eine entscheidende Verbesserung der Leistungsfähigkeit dieser überlebenswichtigen Institution ist nur durch eine Einfügung in die Strukturen unserer Bildungslandschaft möglich.

Hinter der daraus erwachsenen Entscheidung für die Einrichtung einer Hochschule der Polizei steht die tragende Erwägung, dass die Dienstherren ihren Polizeiführungskräften die Bildung und das Wissen mitgeben müssen, das diese brauchen, damit sie die Polizei so führen können, wie es unsere Bürgerinnen und Bürger von ihnen erwarten dürfen.

Mit dieser Entscheidung für eine Hochschulausbildung vollziehen Bund und Länder für die Polizei das nach, was in Verwaltung und Wirtschaft seit langem selbstverständlich ist. Beide Bereiche setzen für ihre Führungskräfte eine Hochschulausbildung als selbstverständlich voraus. Wenn die Polizei selbst seit langem ihren gehobenen Dienst an Fachhochschulen ausbildet, sollte der höhere Dienst folgerichtig an einer Hochschule ausgebildet werden.

Der vorliegende, von uns in Nordrhein-Westfalen auf Ersuchen der Innenministerkonferenz erarbeitete und federführend betreute Gesetzentwurf beruht auf langjährigen gemeinsamen Überlegungen und ständigen Abstimmungen zwischen Bund und Ländern. Bei diesen Arbeiten ging es vor allem darum, den Bedingungen der Innenministerkonferenz gerecht zu werden. Diese waren Qualitätsverbesserung, Kostenneutralität und vor allem auch künftig Praxisbezug der Ausbildung.

Die Kultusministerkonferenz ist schließlich in die Arbeiten einbezogen worden. Sie unterstützt das Vorhaben. Auf ihr Anraten ist der künftige zweijährige Masterstudiengang erfolgreich und ohne Probleme akkreditiert worden. Die Innenministerkonferenz hat dem Ersuchen der Kultusministerkonferenz folgend dann beschlossen, die künftige Hochschule vier Jahre nach ihrer Arbeitsaufnahme einer institutionellen Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat zu unterziehen. Alle Gewerkschaften und Berufsverbände in der Polizei begrüßen nachdrücklich, dass mit der Errichtung der Hochschule eine von ihnen seit Jahren gestellte Forderung endlich erfüllt wird.

Wenn die Sinnhaftigkeit einer Sache als solcher, meine Damen und Herren, und die Akzeptanz durch die Beteiligten und Betroffenen als Kriterien für die Entscheidung der Frage herangezogen werden, ob man ein Gesetz machen oder es lie-

ber bleiben lassen soll, dann - so werden Sie mir sicher zustimmen - können wir die beiden genannten Kriterien gerade bei diesem Gesetzentwurf in exemplarischer Weise feststellen.

Mit der Einfügung der jetzigen Polizeiführungskademie in die allgemein gültigen Strukturen unserer Bildungslandschaft öffnet sich die Polizei in Deutschland ein weiteres Stück hin zur zivilen Gesellschaft. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet die Errichtung der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster eine weitere Bereicherung unserer nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von Edgar Moron [SPD])

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, eine weitere Debatte ist heute nicht vorgesehen. Wir sind am Schluss der Beratung.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/6258 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturenreform** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe auf:

## 9 Gesetz über die Stiftung eines Gefahrenabwehr-Ehrenzeichens

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6259

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile zur Einbringung des Gesetzentwurfes für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Behrens das Wort.

**Dr. Fritz Behrens,** Innenminister: Danke schön. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie können feststellen, dass dies eindeutig das fleißigste Ministerium ist.

(Minister Dr. Michael Vesper: Ach!)

- Ist das Widerspruch?

(Minister Dr. Michael Vesper: Nein!)

- Ach so, Erstaunen. - Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich an die unterschiedlichsten großen Katastrophen und Großschadensereignisse